

nizität zum bestimmenden Element des Staatsaufbaus machten.

In der jüngsten Vergangenheit waren der blutige Zerfall der konföderativen sozialistischen Republik Jugoslawien, der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion, die Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei und auf der anderen Seite die Wiedervereinigung Deutschlands wesentliche Entwicklungen, welche die Landkarte verändert und das politische Gesicht Europas neu gestaltet haben.

150 Jahre Geschichte des Risorgimento, des neuen, wieder entstandenen Italiens können nicht als eine Periode der politischen und ökonomischen Harmonisierung des Gesamtstaates gesehen werden. Trotz kontinuierlicher Gebietserweiterungen und Kolonien in Afrika blieb das Mutterland Italien ein wirtschaftlich zweigeteiltes Land mit einem stark industrialisierten Norden und einem unterentwickelten Süden.

Für die deutsche Polit-Denkfabrik „German foreignpolicy“ ist Italien das am stärksten von einem Sezessionskonflikt betroffene Land, wobei diese Konflikte von der Euro-Krise befeuert werden. In der Tat sind in den wohlhabenden Landesteilen Italiens Forderungen vernehmbar, den bestehenden Staat Italien zu verlassen, um den harten Sparbedingungen als Folge des EU-Austeritätsdiktates zu entkommen. Die hohe Staatsverschuldung Italiens wird mit den Lebensgepflogenheiten im Süden des Landes in Zusammenhang gesehen, was es für Südtirol und für die Po-Ebene geraten erscheinen läßt, sich von Italien abzuspalten. Während politische Kreise im Bereich der Lega Nord eher einen eigenen Staat gründen wollen, denken manche Kreise in Südtirol an eine stärkere Orientierung zu Österreich; die Erteilung der österreichischen Staatsbürgerschaft für deutschsprachige Südtiroler in Anlehnung an die Staatsbürgerschaftspraxis in Ungarn oder in Deutschland wird ins Treffen geführt.

Der Süd-Tiroler Landtag spricht sich im Zuge der Finanzkrise Italiens gegen jede weitere finanzielle Belastung des Landes Süd-Tirol und der Gemeinden aus, heißt es in einem Be-



Filip Dewinter (links): Ist Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im Flämischen Parlament und ein Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Flanderns

„Es könnte schnell gehen“

Filip Dewinter (Vlaams Belang) über die Unabhängigkeit Flanderns, das Scheitern Belgiens und andere Sezessionsbewegungen in Europa

2014 soll in Schottland eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit stattfinden. Wann werden die Flamen über ihre Unabhängigkeit abstimmen?

Filip Dewinter: Ich würde eine Volksabstimmung über die flämische Unabhängigkeit sehr begrüßen, aber ich glaube nicht, daß wir die wirklich nötig haben, um in Belgien eine ordentliche Trennung der beiden Landesteile zu verwirklichen. Denn die Frage ist bei uns übrigens schon lange nicht mehr, ob Flandern unabhängig werden soll, sondern wann Flandern unabhängig wird.

Warum ist der Vlaams Belang davon überzeugt, daß Belgien keine Zukunft hat?

Dewinter: Belgien ist gescheitert, und zwar total und unumkehrbar. Das Land war von Anfang an ein künstliches Gebilde, in dem wegen der damaligen europäischen Machtverhältnisse zwei Völker mit völlig unterschiedlicher Sprache, Kultur und Identität dazu verurteilt wurden, einen gemeinsamen Staat zu bilden. Dieser internationale Druck, und eine Zeitlang auch bestimmte wirtschaftliche Interessen, haben dieses Gebilde fast 180 Jahre lang mehr schlecht als recht auf den Bei-

nen gehalten. Jetzt aber hat das alles keinen Zweck mehr: Denn Europa braucht schon lange keinen Pufferstaat mehr zwischen Frankreich und Deutschland, und inzwischen sind die beiden Landesteile nicht nur sprachlich und kulturell, sondern auch organisatorisch, sozial und wirtschaftlich völlig auseinander gewachsen.

Wie soll Belgien geteilt werden? Die Wallonen, die von den Subventionen aus Flandern leben, werden wohl alles tun, damit der für sie günstige Status quo erhalten bleibt.

Dewinter: Wenn man weiß, daß in Belgien mehr als 70 Prozent der Einnahmen – also verschiedene Steuern und Abgaben – von den Flamen bezahlt und fast 80 Prozent der Sozialausgaben und diversen Subventionen in Brüssel und Wallonien verschwendet werden, dann kann man sich tatsächlich denken, daß viele wallonische und Brüsseler Politiker diesen Zustand am liebsten unverändert sähen. Wer möchte nicht gern fast unbegrenzt Geld ausgeben können, das man nicht selber verdienen muß?

Aber das Land deswegen um jeden Preis zusammenzuhalten, ist keine Lösung, weil eine totale wirt-